

## Wahlprüfsteine 2013

**Aktuelle Themen, die bewegen – leicht lesbar!**

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung bringt sich auch im Wahljahr 2013 ein und fragte bei den Parteien ihre politische Positionen ab. Die Mitarbeiter des [RAUS-Projektes](#) haben den Bundestags-Parteien Fragen zur Bundestagswahl übermittelt und gebeten, ihre Positionen und Konzepte einzubringen.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien auf die Prüfsteine geantwortet. Weiterhin veröffentlichen wir auf Wunsch der Piratenpartei auch ihre Positionen.

Die Parteien äußerten sich zu wahlentscheidenden Themen - in kurzen, einfachen und leicht verständlichen Sätzen.



Hier die Antworten von  
der **PIRATEN PARTEI**

### **1.) Wie steht Ihre Partei dazu, dass Deutschland andere EU-Staaten finanziell unterstützt?**

Wenn das Geld wirklich bei den Menschen in den anderen EU-Staaten ankommt, ist das gut. Denn wir sind nun mal eine Gemeinschaft. Da muss man den anderen auch mal helfen. Leider war das in der Vergangenheit nicht immer so. Oft ist das Geld, das in die armen Länder wie Griechenland oder Portugal geschickt wurde, gleich wieder an die Banken bei uns zurück gegeben worden. Das war also keine Hilfe für die Menschen dort, sondern für die Banken hier.

#### Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. Berliner Platz 8-10 48143 Münster  
Andreas Brinkmann Tim Tjettmers  
0251-49099641 0251-49099642  
[a.brinkmann@alphabetisierung.de](mailto:a.brinkmann@alphabetisierung.de) [t.tjettmers@alphabetisierung.de](mailto:t.tjettmers@alphabetisierung.de)

## **2.) Was tut Ihre Partei dafür, dass es mir in Zukunft trotz Finanzkrise nicht schlechter geht?**

Wir wollen ein so genanntes Trenn-Banken-System einführen, damit es nicht mehr zu solchen Finanzkrisen kommen kann. Denn dabei wird meistens das Geld im sozialen Bereich gekürzt. Der Bankenteil, wo gezockt (spekuliert) wird und wo die großen Verluste angefallen sind, soll ein Teil sein. Der andere Teil ist der, wo die Spargelder liegen. Dann müssten nämlich diejenigen, die die hohen Gewinne haben wollten, auch für die hohen Verluste einstehen. Und nicht mehr der normale Bürger mit seinen Steuern.

## **3.) Wie will Ihre Partei sichern, dass ich sozial abgesichert bleibe?**

Wir wollen so schnell wie möglich ein so genanntes Bedingungsloses Grundeinkommen einführen. Das soll dann mindestens so hoch sein, wie der Hartz-4-Satz, möglichst aber höher. Der Vorteil wäre, dass man nicht mehr ständig irgendwelche Formulare ausfüllen muss und jeden Job annehmen, auch wenn man dafür überhaupt nicht geeignet ist. Denn dieses Einkommen soll jeder erhalten. Egal wie alt oder wie gebildet er ist. Ob er kleine Kinder oder Eltern hat, die gepflegt werden müssen und deshalb nicht arbeiten kann oder ob er Bilder malen oder Musik machen will.

## **4.) Was bedeutet für Ihre Partei „gerechter Lohn“?**

Jeder Mensch soll von dem Geld, das er verdient, auch leben können. Es kann nicht sein, dass man 40 Stunden pro Woche arbeitet und dann immer noch zu wenig zum Leben besitzt. Wir wollen, dass es einen Mindestlohn gibt, egal wofür man bezahlt wird. Etwas über 9 Euro pro Stunde sollen das erstmal für Festangestellte sein, ca. 9,80 für die, die in befristeten Jobs tätig sind oder sonst jeden Tag gekündigt werden können. Aber konkret festlegen sollen das Experten. Wir sind nämlich nicht allwissend. Wir haben nur mal geguckt, was so durchschnittlich verdient wird und dann gesagt, dass 60 % davon gerade so ausreichend sind.

## **5.) Was unternimmt Ihre Partei, damit Familie und Beruf für mich vereinbar sind?**

Das ist schon mal die richtige Reihenfolge. Die Familie muss vor der Arbeit kommen. Da würde das Bedingungslose Grund-Einkommen schon helfen. Mit dem Bedingungslosen Grund-Einkommen ist man auch in der Zeit, die man mit seinen Kindern verbringt statt arbeiten zu gehen, finanziell gesichert.

Wir wollen auch wesentlich flexiblere Arbeitsbedingungen. Wenn die Kinder mal krank sind, muss es auch die Möglichkeit geben, kurzfristig mal bei der Arbeit wegzubleiben und das später gegebenenfalls nachzuarbeiten. Die bisherigen Regelungen dazu sind nicht genug. Aber das ist nicht nur eine Frage von Regeln und Gesetzen. Wir müssen überall ein größeres Verständnis für Familienfragen erzeugen. Und bewusst machen, dass familienfreundliche Arbeits-Bedingungen Unternehmen stärken und nicht Gewinne senken.

Betreuungs- und Bildungsangebote des Staates sind den Kindern kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Entsprechende Angebote müssen wahrgenommen werden können - auch über kommunale Grenzen hinweg.

## **6.) Was tut Ihre Partei dafür, dass Wohnen bezahlbar bleibt?**

Wir wollen, dass wieder wesentlich mehr Sozialwohnungen gebaut werden. Dafür sollen die Bauherren dann auch Geld bekommen, weil sie ja weniger Miete erhalten. Die darf bei Neuvermietungen nicht mehr als 10 % über der ortsüblichen, durchschnittlichen Vergleichsmiete nach gültigem Mieten-Spiegel liegen.

Zur Zeit können Eigentümer die Kosten für Modernisierungsmaßnahmen mit 11 % pro Jahr auf die Miete umlegen. Auch wenn die Modernisierungsmaßnahmen längst abbezahlt sind. Wir wollen das rückgängig machen.

Innerhalb von vier Jahren soll die Miete um höchstens 15 % erhöht werden dürfen. Bisher sind das nämlich 20% in drei Jahren, die Wohnen teurer werden darf. Eine Miete, welche die so genannte ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 20 % übersteigt, soll als ordnungswidrig gelten.

Der Mieter soll immer das Recht zur Prüfung von Heiz- und Betriebskostenabrechnungen haben und dafür Kopien der Kostenbelege erhalten.

Bisher ist das nur für Sozialwohnungen der Fall. Bei der Abrechnung von Heiz- und Betriebskosten ist immer die tatsächliche Wohnfläche zu Grunde zu legen und nicht die vereinbarte.

Wohnungen müssen auch barrierefrei werden. Das kostet uns heute zwar etwas mehr, spart uns aber viel teurere Umbauten in den nächsten Jahrzehnten. Die Menschen altern immer mehr und brauchen Wohnungen, die z.B. für Roll-Stühle geeignet sind.

### **7.) Was leisten Sie im Bereich Datenschutz im Internet sowie für die Freiheit im Netz?**

Wo anfangen, wo aufhören? Datenschutz ist eines der Themen, die überhaupt zur Gründung der Piratenpartei geführt haben. Da ist die Liste dessen, was wir wollen so lang, dass wir nur mal ein paar ganz wichtige Stich-Punkte nennen.

Überwachungsprogramme wie PRISM von den USA oder Tempora von Großbritannien sind schlimm, denn sie machen uns alle zu Verdächtigen. Jeder Mensch hat das Recht auf seine eigenen Daten. Da darf nicht ohne Anlass drin rumgeschnüffelt werden. Alle Gesetze, die in den letzten Jahren solche Rechte abgebaut haben, wollen wir rückgängig machen. Dazu gehört beispielsweise, dass auch nicht alle Daten ewig lang gespeichert werden dürfen.

Jeder muss einen durchsetzbaren und kostenlosen Anspruch auf Selbstauskunft, Korrektur, Sperrung oder Löschung der eigenen personenbezogenen Daten haben. Außerdem müssen alle Betroffenen über ungewollte Datenweitergabe aus Unternehmen und Behörden unverzüglich und lückenlos informiert werden. Was da so passiert ist, soll jeder Mensch unaufgefordert zugeschickt bekommen.

Für die Piraten sind versteckte Eingriffe in Computer und Handys durch den Staat nicht mit Grundrechten und Rechtsstaat vereinbar. Wir setzen uns für die Abschaffung der Erlaubnis ein, solche Geräte verwanzeln zu dürfen. Dazu haben wir einen Maßnahmen-Katalog entwickelt, den man in unserem Wahlprogramm ganz ausführlich findet.

Wir wollen Netzneutralität, um Informations-, Presse- und Meinungsfreiheit zu sichern. Wir lehnen es ab, die Übertragung von Daten wie auch immer zu beschränken.

Ganz praktisch bieten wir überall in Deutschland die Gelegenheit zu lernen, wie man seine Emails verschlüsselt. Wo und wann das bei Dir in der Nähe stattfindet, kannst Du unter

<http://kryptoparty.de/> nachsehen.

### **8.) Wo will Ihre Partei im Bereich Bildung Schwerpunkte setzen?**

Die für viele Eltern undurchschaubare Vielzahl von finanziellen Leistungen für Familien muss einfacher und gerechter werden. Alle Kinder, die in Deutschland leben (auch die Kinder von Flüchtlingen) sollen ein Kinder-Grundeinkommen erhalten. Alle Kinder bekämen dann – anders als jetzt – gleichviel.

Bildung muss unabhängig vom Einkommen der Eltern sein. Wir wollen, dass Menschen, die eine Ausbildung machen, so viel Geld bekommen, dass sie komplett davon leben und sich auf ihre Ausbildung konzentrieren können Auch wenn sie keine reichen Eltern haben. Und nicht nur das.

Wir wollen auch, dass Bildung diejenigen, die lernen wollen, kein Geld kostet, was über das notwendige Maß für Bücher und ähnliches hinausgeht.

Es lässt sich aber nicht jede Ungerechtigkeit mit Geld beseitigen. Deshalb haben wir einen Maßnahmenkatalog für mehr Chancen-Gleichheit an Schulen entwickelt. Wir setzen uns für gute Bildung mit kostenlosen Plätzen in Kitas ab der Geburt ein.

Und es muss auf das persönliche Lerntempo jedes Schülers Rücksicht genommen werden. Dann kommen auch die Ergebnisse zustande, die gute Abschlüsse zur Folge haben - und damit gute Aussichten auf einen Ausbildungsplatz.